Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald – Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags | Telephon Nr. 41

Bezugspreis monatlich 30 Pfg. Durch die Post im Nachbarortsverkehr 2.15 Mk., in Württemberg 2.21 Mk. vierteljährlich, hiezu Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 15 Pfg. die Garmondzeile oder deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Petitzeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Nr 20 | Donnerstag den 23. Januar 1919 | 36. Jahrgang.

Nach den Wahlen.

DPC. Die vergangenen Wochen haben uns die Wahlen fast ganz in Anspruch genommen, unsere äußere Lage ist in unserem Denken und Fühlen stark zurückgetreten. Gewiß die Wahlen waren bedeutungsvoller, denn je; denn die aus ihnen hervorgehenden gesetzgebenden Versammlungen haben die Aufgabe, unserem neuen Staatsgebilde den Grundstock zu geben, auf dem es nach außen und innen neu aufgebaut werden soll. Das hat das politische Interesse des Volkes stärker geweckt denn je, noch nie ist ein Wahlkampf mit solchem Ernst geführt worden. Im allgemeinen ist er auch sachlicher gehalten gewesen, als sonst, einmal weil eben die Wahlparole zu ernst war, zum andern auch, weil die Personen etwas mehr in den Hintergrund traten und die Parteien nach ihren Programmen gewählt wurden. In den alten Bezirkswahlen gabs oft Kämpfe um einzelne Personen, die die Sache fast ganz in den Hintergrund treten ließen. Das führte von selbst zu persönlichen Verunglimpfungen. Davon waren wir diesmal mit Ausnahmen, die sich um führende Köpfe drehten, verschont.

Zwei Wahlkämpfe in einer Woche ist des Guten zu viel. Begreiflicherweise hat die erste Wahl das größere Interesse auf sich gezogen, das war nicht sehr glücklich. Die Nationalwahl hätte ihrer Bedeutung nach die erste sein müssen, es war ein Fehler der Berliner Regierung, sie nicht vor die einzelnen Landeswahlen gelegt zu haben. Aber auch die Parteien sind daran nicht ganz unschuldig. Wer irgendwie an den Wahlgeschäften beteiligt war, merkte, daß die Hauptkraft auf die Landeswahl verpufft wurde. Nach derselben trat eine gewisse Entspannung ein bei aktiv und passiv Beteiligten. Das war taktisch falsch. Das Endziel war nicht die Landes-, sondern die Reichswahl, der Höhepunkt der Anspannung der Kräfte hätte in die Woche zwischen beiden Wahlen fallen müssen. Dadurch ist die Reichswahl bei uns entschieden zu kurz gekommen. Es mag dies eine Lehre für die Zukunft sein. Wir müssen, wenn möglich, nicht mehr zwei Wahlen zeitlich so eng zusammenlegen und wenn dies nicht zu vermeiden ist, die bedeutungsvollere vorweg nehmen. Viele Wahlen, zumal in kurzer Zeitfolge, erstickt das Interesse daran. Andererseits muß unermüdlich daran gearbeitet werden, unser Volk dazu zu erziehen, daß es jeder Wahl jederzeit die nötige Würdigung und Teilnahme widerfahren läßt. Das Wahlrecht hat ganz andere Bedeutung heute, wo das Volk durch den Akt der Wahl seine eigenen Geschicke bestimmt. Das Recht enthält damit aber auch eine erhöhte Pflicht.

Jetzt, da die Wahlen vorbei sind, hat jedermann ein Recht darauf, seinen politisch übersättigten Geist etwas ruhen zu lassen. Aber wir dürfen damit nicht jedes politische Interesse aufgeben. Wir sind jetzt frei von den Fesseln der Wahl, die uns auf Schritt und Tritt umklammerten, wir haben wieder Zellen in unserem Gehirn frei für andere, wichtigere Begebenheiten. Wir müssen uns zunächst wieder mehr den Ernst unserer äußeren Lage vor Augen führen und das Unvermeidliche mit Würde tragen. Wir müssen Spaltungen, die uns der Wahlkampf gebracht, vergessen und uns wieder mehr dessen erinnern, was uns eint. Von unseren neuen Abgeordneten erwarten wir, daß sie durch Energie und Einmütigkeit der Gesinnung und des Willens nach außen unsere äußere Machtlosigkeit einigermaßen ausgleichen, wir erwarten davon eine Stärkung der Position unserer Unterhändler, wir können aber andererseits auch unsere Abgeordneten unterstützen, wenn wir selbst dafür sorgen, daß sie nicht ihre Kraft vergeuden müssen mit inneren Zuständen, die wir selbst heraufbeschwören. Durch ernste Arbeit kann ein jeglicher mithelfen an dem schwierigen Werk des Aufbaus. Nicht ein jammerndes und wimmerndes, oder ein leichtsinnig sich gegenseitig zerfleischendes Volk, sondern nur eine Nation, die der Schwere ihres Schicksals bewußt, den einmütigen Willen zeigt, durch ihrer Hände Fleiß wieder herzustellen, was der Krieg zerstört, wird sich die Achtung der gebietenden Gegner erwerben und einen erträglichen und würdigen Frieden erwarten können. So wie in der Paulskirche die ersten Geister ihrer Zeit versammelt waren, in ihrer Mitte der alte Ernst Moritz Arndt im weißen Haar, das verkörpert: gute alte deutsche Gewissen, so sollen heute in viel größerer Not die eben erwählten Führer des Volks die neue Zeit einleiten. Wir gehen in die kommende Zeit hinein in dem festen Glauben, daß unser deutsches Volk aus seiner tiefen Not, in der wir es noch mehr leben wollen als zuvor, sich noch einmal in die Höhe arbeiten wird. Dazu müssen alle Volksgenossen sich rückhaltlos zur Verfügung stellen.

Die Reichswahlen.

Ueber das Ergebnis der Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung liegen bis jetzt nur verhältnismäßig recht wenig sichere Meldungen vor, die aber doch so viel erkennen lassen, daß im ganzen Reich die Partei der Mehrheitssozialdemokraten am besten abgeschnitten hat und im neuen Parlament, das bekanntlich 433 Abgeordnete zählt, als die stärkste Partei einziehen wird. Es kam der Partei bei den Wahlen sehr zu statten, daß gleich nach der Revolution, alles, vom Minister bis zum kleinsten Vergnügungsverein, die Erklärung abgab, sich „hinter die neue Regierung" stellen zu wollen, und so ist für viele, namentlich die jüngeren und jüngsten und die weiblichen Wähler das Schreckhafte, das dem Namen „Revolutionsregierung" etwa hätte anhaften können, großenteils verblaßt. Das anerkennenswerte Bestreben, das besonders seit der Berufung des Abg. Noske zum Oberkommandierenden von Berlin zutage trat, unter allen Umständen für Wiederherstellung der Ruhe zu sorgen und den Umtrieben der russischen Bolschewisten ein Ende zu machen, hat seine Wirkung nicht verfehlt. Bis jetzt sind etwa 100 gewählte Mehrheitssozialisten gemeldet; allem Anschein nach werden sie aber auch mit den Unabhängigen, von denen bis jetzt 12 gezählt sind, nicht die unbedingte Mehrheit in der Nationalversammlung haben, mögen sie ihr auch vielleicht ziemlich nahe kommen. Die zweitstärkste Partei dürfte wohl die Christliche Volkspartei (Zentrum) sein, die den alten Besitzstand des Zentrums im allgemeinen behauptet zu haben scheint. Von den Erfolgen der übrigen bürgerlichen Parteien läßt sich bei der Dürftigkeit der eingegangenen Nachrichten noch kein sicherer Anhaltspunkt gewinnen; voraussichtlich wird die Vereinigung der Fortschrittl. Volkspartei und der linken Nationalliberalen, die Deutsche demokratische Partei, an dritter Stelle stehen. — Von Interesse ist das Wahlergebnis in Berlin, wo die Radikalen den Mehrheitssozialisten ziemlich nahe kamen. Es wurden gewählt: 5 Mehrheitsoz., darunter Scheidemann, 4 Unabhängige, darunter der gesuchte Eichhorn, 2 Deutsch-Demokraten, 1 Deutsch-Nationaler (Konservativ), 1 Vertreter der Deutschen Volkspartei (rechtsstehender Nationalliberaler) und 1 Zentrumsmitglied. Berlin hatte bisher 6 Reichstagsabgeordnete, von denen 5 der Sozialdemokratie, 1 der Fortschr. Volkspartei (Kämpf) angehörte.

Einzelergebnisse.

Ostpreußen (1. Wahlkreis): S.P. 347 419 (7 Sitze); D.d.P. 146 157 (3 Sitze); D.N.P. 89 210 (2); Chr.V.P. 65 920 (0); D.V.P. 63 485 (1); Soldatenliste 40 257. Der vierte Teil der Wahlbezirke steht noch aus.

Westpreußen (2. Wahlkreis): S.P. 176 454 (5 Sitze); D.d.P. 149 887 (3 Sitze); D.N.V.P. 111 654 (2 Sitze); Chr.V.P. 73 727 (1 Sitz); U.S.P. 27 588 (1 Sitz).

Amtliches Wahlergebnis aus dem 3. Wahlkreis (Berlin): S.P. 365 564 (5 Sitze: Scheidemann, Fischer, Pfannkuch, Schmidt, Heimann); U.S.P. 275 915 (4 Sitze: Eichhorn, Haase, Laukant, Luise Ziep); D.d.P. 163 445 (2 Sitze: Naumann, Hartmann); D.N.V.P. 92 374 (1 Sitz: Laverenz); D.V.P. 54 370 (1 Sitz: Kahl); Chr.V.P. 51 021 (1 Sitz: Pfeiffer). Abgegeben wurden 1 002 671 Stimmen.

Oppeln (10. Wahlkreis): Chr.V.P. 321 300 (8 Sitze); S.P. 216 897 (5 Sitze); D.N.V.P. 47 544 (1 Sitz); D.d.P. 45 632 (1 Sitz); U.S.P. 32 617 (0).

Frankfurt a. Oder (6. Wahlkreis): S.P. 273 112; U.S.P. 3647; D.d.P. 115 482; D.N.V.P. 104 118; D.V. 18 255; Chr.V.P. 8812. (Es fehlen noch ungefähr 250 Stimmbezirke. Voraussichtlich sind 4 Soz., 2 Mitglieder der D.d.P. und 2 D.N.Volksparteiler gewählt.)

Magdeburg-Anhalt (12. Wahlkreis): D.d.P. 323 242; D.V.P. 27 908; D.N.V.P. 73 134; Chr.V.P. 13 070; demnach entfallen auf die verbundene Liste der bürgerlichen Parteien zusammen 337 264 Stimmen: S.P. 504 316; U.S.P. 26 270. Es erhalten nach voraussichtlich S.P. 7; D.d.P. 3; D.N. 1 Sitz. Der siebente sozialdemokratische Sitz fällt an eine Frau.

Schleswig-Holstein und Fürstentum Lübeck (14. Wahlkreis): S.P. 361 406 (5 Sitze); U.S.P. 26 655 (0); D.d.P. 216 087 (3 Sitze); D.V.P. 61 404 (1 Sitz); Schleswig-Holst. Bauern und Landarbeiterdemokratie 56 817 (1 Sitz); D.N.V.P. 58 067 (1 Sitz); Chr.V.P. 8032 (0).

Hannover, Hildesheim, Lüneburg und Braunschweig (16. Wahlkreis): Es fehlen noch 79 Bezirke, darunter auch Braunschweig: S.P. 510 411; U.S.P. 55 611; Ver. deutsch-hannoveranische Partei und Chr.V.P. 258 574; D.d.P. 141 799; D.V.P. 103 322; Braunschw. Landeswahlverein 39 798; D.N.V.P. 30 893.

Arnsberg (18. Wahlkreis): S.P. 678 862, Zentr. 464 310; D.V.P. 217 686; D.d.P. 155 247; U.S.P. 92 909. Einige Stimmbezirke stehen noch aus.

Köln und Aachen (20. Wahlkreis): Resultat von 474 Stimmbezirken der Stadt Köln, die insgesamt 804 Bezirke aufweist: Z.P. 106 291; S.P. 105 364; D.d.P. 32 384; D.V.P. 15 619; D.N.V.P. 2174; U.S.P. 3939.

Düsseldorf 1—5 (22. Wahlkreis): D.d.P. 25 010 (Erkelenz); D.N.V.P. 18 417 (Koch); Zentr. 75 694 (Giesberts); S.P. 40 250 (Obermeyer); U.S.P. 55 841 (Agnes).

Ober-, Mittel- und Unter-Franken (26. Wahlkreis): S.P. 208 923; U.S.P. 41 712; D.V.P. (D.d.P.) 123 612; B.V.P. (Zentrum) 188 344; Ntl. u. Mittelst.-P. 66 884.

Deutsche Demokraten 4, Unabhängige 3, Deutsch-Demokraten und Christl. Volkspartei haben verbundene Listen.

Oberbayern und Schwaben (24. Wahlkreis): S.P. 333 009; B.V. 168 966; Nat.Lib. 10 949; B.V.P. (Zentrum) 391 070; D.V.P. (D.d.P.) 113 326; Republikaner 10; U.S.P. 40 885; Mittelstand 587. Nach vorläufiger unverbindlicher Berechnung entfallen demnach auf den 24. Wahlkreis: Sozialdemokraten 6, Bauernbund 2, Bay. Volkspartei 6, Deutsche Volkspartei 1 Sitz.

Niederbayern und Oberpfalz (25. Wahlkreis): S.P. 122 217; U.S.P. 2155; B.V.P. (Zentrum) 219 586; D.V.P. (D.d.P.) 24 575; B.V. 92 789.

Thüringen (26. Wahlkreis): S.P. 365 866 (5 Sitze); D.d.P. 236 579 (3 Sitze); D.N.P. 163 098 (2 Sitze); U.S.P. 240 242 (3 Sitze); Chr.V.P. 52 141 (0).

Sachsen 1—9 (28. Wahlkreis): 7 Sozialdemokraten, 2 Demokraten, 2 Deutsche Volksparteiler, 1 Mitglied der Deutsch.-N.P.

Sachsen 10—14 (29. Wahlkreis): S.P. 127 288 (2 Sitze); U.S.P. 234 942 (3 Sitze); D.d.P. 176 925 (2 Sitze); D.N.V.P. 72 909 (1 Sitz); Chr.V.P. 3107.

Sachsen 15—23 (30. Wahlkreis): S.P. 513 744 (8 Sitze); D.d.P. 187 516 (3 Sitze); D.N.V.P. 116 599 (1 Sitz); U.S.P. 55 794 (0); Zentrum 3599 (0).

Demnach sind in allen drei Wahlkreisen der sächsischen Republik nach dem vorläufigen Ergebnis gewählt: 17 Soz., 6 Deutsch-Demokr., 4 Deutsch-Natl., 2 Deutsch-Parteiler, 3 Unabh. Soz.

Endergebnis der 121 Bremer Bezirke (37 Wahlkreis): S.P. 69 489; U.S.P. 30 123; D.d.P. 55 544; D.N.V.P. 6087; Chr.V.P. 2930; D.V.P. 461; D.-Hannoverische P. 334, ungültig 398 Stimmen.

*

Berlin, 21. Jan. Nach vorläufigen nichtamtlichen Meldungen können bis heute mittag 12 Uhr als gewählt gelten: 274 Abgeordnete zur Nationalversammlung aus 24 Kreisen, von insgesamt 37 Kreisen mit 433 Abgeordneten. Die 274 Abgeordneten verteilen sich auf die verschiedenen Parteien folgendermaßen: Deutsch-Nationale Volkspartei 24, Christliche Volkspartei (Zentrum) 46, Deutsche Volkspartei 11, Deutsche Demokraten 53, Soz. Partei 114, Unabh. Soz. 19. Der Bayerische Bauernbund je 2 Sitze für Ober- und Niederbayern.

*

Die Deutsche Nationalversammlung wird am 6. Februar zu einer sechs- bis achtwöchigen Tagung in Weimar zusammentreten. Die Wahl der Dichterstadt entspricht einem Wunsch der süddeutschen Regierungen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Berlin, 22. Jan. (Nichtamtlich.) Bis 1 Uhr nachmittags waren gewählt 413 Abgeordnete aus 36 Kreisen von insgesamt 421 Abgeordneten aus 37 Kreisen (ausschließlich Elsaß-Lothringen). Es fehlt noch Bezirk Nr. 27, Rheinpfalz. Die Sitze verteilen sich auf: D.N.V.P. 34, Chr.V.P. (Zentrum) 80, D.V.P. 22, D.d.P. 76, S.P. 162, U.S.P. 24, ferner 11 Fraktionslose nämlich 4 Welfen (3 in Hannover, 1 Stade), 1 Bauer- und Landarbeiterdemokrat (Schleswig-Holstein), 4 Bay. Bauernbündler, 2 Vertreter württ. Bürgerpartei und Bauern- und Weingärtnerbund.

Ostpreußen (1. Wahlkreis): Chr.V.P. 69 920 (1). (nicht 6920).

Potsdam 1—9 (4. Wahlkreis): Gewählt sind voraussichtlich S.P. 5; U.S.P. 1; D.d.P. 2; von den verbundenen Parteien 1 D.N.V.P. und 1 D.V.P.

Frankfurt a. Oder (6. Wahlkreis): S.P. 321 115 (4 Sitze); D.d.P. 136 221 (2); D.N.P. 120 082 (2, darunter Bruhns); D.V.P. 20 219 (0); Chr.V.P. 10 741 (0); U.S.P. 4342 (0). Einige kleine Bezirke fehlen noch.

Pommern (7. Wahlkreis): S.P. 327 849 (5); D.N.V.P. 187 697 (3); D.d.P. 175 563 (2); D.V.P. 88 952 (1).

Posen (8. Wahlkreis): D.d.P. 41 533 (4 Sitze); D.V.P. 20 674 (2); D.N.V.P. 36 023 (3); Chr.V.P. 30 346 (1); S.P. 17 533 (1).

Aurich (15. Wahlkreis): Chr.V.P. 135 097 (2); D.d.P. 131 284 (1); D.V.P. 68 740 (1, Stresemann); S.P. 149 411 (3).

Hannover (16. Wahlkreis): S.P. 533 780 (7); Vereinigte deutsch-hannoversche Partei und Chr.V.P. 267 903 (4); D.d.P. 161 062 (2); D.V.P. 105 159 (1); U.S.P. 82 191 (1); Braunschweigischer Landeswahlverein 56 675 (1); D.N.V.P. 31 961 (0). 4 Stimmbezirke fehlen noch, können aber das Gesamtergebnis nicht ändern.

Münster i. W. (17 Wahlkreis): Chr.V.P. 405 171 (6); S.P. 290 831 (4); D.N.V.P. 81 389 (1); D.V.P. 62 799 (1); D.d.P. 94 186 (1).

Arnsberg (19. Wahlkreis): S.P. 474 585 (7); Zentr. 327 504 (5); D.V.P. 174 018 (3); D.d.P. 111 987 (1); U.S.P. 52 374 (0).

Köln-Aachen (20. Wahlkreis): Zentr. 611 435; S.P. 253 663; D.d.P. 77 839; D.V.P. 35 955; D.N.V.P. 32 180; U.S.P. 5856. Gewählt sind 8 Zentr., 3 S.P., 1 D.d.P. und 1 D.V.P.

Bayern und die Pfalz (24.—27. Wahlkreis): Nach einer vorläufigen Berechnung werden von den 45 Sitzen erhalten: B.V.P. (Zentrum) 18; S.P. 16; D.V.P. (Dem.) 5; B.B. 4; N.L. und Mittelstandspartei 2; U.S.P. 0.

Sachsen 10—14 (29. Wahlkreis): Chr.V.P. (Zentrum) 3126 (0); D.N.V.P. 74 649 (1); S.P. 129 290 (2); U.S.P. 238 346 (3); D.d.P. 179 164 (2).

Hessen (34. Wahlkreis): Ergebnis aus 866 von 990 Bezirken; die noch ausstehenden Wahlkreise werden das Resultat nicht mehr ändern: S.P. 263 237 (4); U.S.P. 10 866 (1); D.d.P. 115 895 (2); Zentr. 108 769 (2); D.V.P. 69 617 (1); Hessische Volkspartei 38 560 (0).

Mecklenburg-Lübeck (35. Wahlkreis): S.P. 222 119 (3 Sitze); D.N.V.P. 58 055 (1 Sitz) Gräfe; D.d.P. 136 863 (2 Sitze) Dr. Wendorff, Siokowich; Mecklb. Dorfbund 10 925 (0); D.V.P. 19 787 (0). (Die D.V.P. war mit der Parteilosenliste Paull verbunden.)

Hamburg, Bremen und Stade (37. Wahlkreis): Gewählt sind S.P. 6; U.S.P. 1; D.d.P. 3; D.V.P. 1; Weise 1. Fräulein Bäumer, die in Groß-Thoringen gewählt ist, verzichtet auf das Hamburger Mandat. Die Wahlbeteiligung betrug für die Stadt Hamburg 96,4 Prozent.

Neues vom Tage.

Die Nationalversammlung in Weimar.

Berlin, 21. Jan. Nach längeren Beratungen zwischen den Reichs- und den preußischen Regierungsvertretern wurde als Ort für den Zusammentritt der Nationalversammlung Weimar gewählt.

Der Verfassungsentwurf.

Berlin, 21. Jan. Wie verlautet, werden die Vertreter der einzelstaatlichen Regierungen nächsten Samstag in Berlin zusammentreten, um den Entwurf der Reichsverfassung zu besprechen.

Der „Berliner Lokalanzeiger" schreibt: Der Entwurf ist ein Erzeugnis der Studierstube, bei dessen Anblick jeden sein Vaterland liebenden Deutschen der Zorn übermannt, daß auch dieser Akt der Zerfleischung und Selbstverstümmelung uns noch beschieden sein soll zu all dem Unglück, das unsere Feinde für uns schon bereit halten.

Der Waffenstillstand.

Berlin, 21. Jan. Marschall Foch hat bei den Waffenstillstandsverhandlungen die Forderung des französischen Finanzkontrolleurs nach vollkommener Kontrolle auch über deutsche privatrechtliche Geschäfte nicht anerkannt.

Hamburg, 21. Jan. In der Börse fand gestern nachmittag eine von mehr als 5000 Personen besuchte Protestversammlung gegen die neuen Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrags statt, in der Geh. Rat Ennо, Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, mitteilte, daß an den zuständigen Stellen im Reich telegraphisch Verwahrung eingelegt worden sei. Durch die Vereinbarung werde der Reederei jede Mitwirkung beim Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft unmöglich gemacht, die deutsche Flagge vom Meere verbannt und die deutsche Besatzung nur durch die Gnade der Feinde zugestanden. Richard Krogmann schloß sich im Namen der Handelskammer dem Protest an. Paul Müller, der Führer der deutschen Seeleute, bezeichnete das Abkommen als einen Gewaltakt. Neben dem Protest des Vereins Hamburger Reeder sind auch von jeder einzelnen deutschen Schiffahrtsgesellschaft an das Reichswirtschaftsamt, das Auswärtige Amt und an den Volksbeauftragten Ebert in Berlin telegraphische Protestkundgebungen abgegangen.

Wirtschaftskonferenz.

Berlin, 21. Jan. Am Dienstag, den 28. Januar, tritt im Reichstagsgebäude die Konferenz der wirtschaftlichen Verbände zum Friedensschluß zusammen, deren Aufgabe ist, die Forderungen und Bedürfnisse der deutschen Wirtschaft für den Frieden festzulegen und vor dem In- und Ausland zu vertreten. Die Verhandlungen bewegen sich auf dem Boden der 14 Punkte Wilsons und der von ihm später noch erlassenen Kundgebungen.

Parteitag der Unabhängigen.

Berlin, 21. Jan. Die Hauptleitung der U. S. P. D. wird einen außerordentlichen Parteitag nach Berlin auf Sonntag den 3. Februar einberufen.

Großdeutsche Nationalversammlung.

Wien, 21. Jan. Nach Blättermeldungen wird die österreichische Nationalversammlung, deren Wahlen am 16. Februar stattfinden, am 26. Februar in Wien zusammentreten. Die Nationalversammlung wird über den Antrag der Regierung auf Anschluß Deutsch-Oesterreichs an das Deutsche Reich abstimmen und wird sich dann nach dem Tagungsort der Deutschen Nationalversammlung begeben zur Teilnahme an den Beratungen der großdeutschen Nationalversammlung.

Die Spartakisten.

Bremen, 21. Jan. Gestern abend wurden die Soldaten in der Kaserne durch bewaffnete Arbeiter entwaffnet. Sämtliche Maschinengewehre wurden weggeführt. Das Rathaus und die Börse sind von den Arbeitern besetzt, ebenso das Fernsprechamt und die Reichsbank-Aufl. und in den öffentlichen Gebäuden sind wieder Maschinengewehre aufgestellt gegen die unabhängigen Mitglieder der sozialistischen Regierung. Die kommunistische Parteileitung erklärte, sie habe mit der Angelegenheit nichts zu tun. Der Leiter der Bewegung soll das kommunistische Mitglied des Rats der Volksbeauftragten sein, früherer Volksschullehrer Jörn aus Wiepburg.

Düsseldorf, 21. Jan. Die „Düsseldorfer Ztg." berichtet, daß das Blatt wieder nicht rechtzeitig erscheinen konnte, weil Teilnehmer einer Versammlung in der Tonhalle durch die Russin Rosa Wolfstein wild entflammt, in mitternächtlicher Stunde wieder in den Zeitungsbetrieb eindrangen. Sie schleppten mehrere Ballen Sonntagsnummern aus dem Haus und verbrannten sie auf der Straße. Die Bande richtete am Geschäftsgebäude der demokratischen Partei abermals schwersten Sachschaden an. Auch dem „Düsseldorfer Tagblatt" stattete sie einen wüsten Besuch ab.

Hanau, 21. Jan. Der führende mehrheitssozialistische Reichstagsabgeordnete Gustav Hoch wurde auf dem Heimweg von einer Versammlung von Anhängern des Spartakusbunds unter den Rufen: „Schlagt ihn tot, den Massenmörder!" überfallen und durch Faustschläge und Kolbenstöße schwer mißhandelt.

München, 21. Jan. Die hiesigen Blätter berichten aus Rosenheim, daß ein weiterer Ueberfall auf die Kleidermagazine erfolgte. Eine aus 40 Personen bestehende Bande griff sie an und es kam zu einem mehrstündigen Feuergefecht zwischen der Wache und den Angreifern, wobei die letzteren mit Maschinengewehren schossen. Nach längerem Kampf wurden sie schließlich abgewiesen. Die Wachmannschaft hatte mehrere Verletzte, während die Angreifer eine Anzahl Tote mit sich nahmen.

Der Ausstand.

Essen, 21. Jan. Der Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet hat eine größere Ausdehnung angenommen. Die Streikenden sind auf 10 000 angewachsen. Gestern nachmittag sind die Belegschaften von 30 Schachtanlagen ganz oder teilweise in den Ausstand getreten.

Braunschweig, 21. Jan. Gestern nachmittag 2 Uhr hat hier der allgemeine Ausstand eingesetzt. Wie die „Landeszeitung" berichtet, wird das Lichtwerk gesperrt. Hingegen bleibt das Wasserwerk in Betrieb. Die Bevölkerung wurde durch Bekanntmachung aufgefordert, sich nicht mit Wasser zu versorgen. Die Straßenbahnen verkehren nicht. Nachmittag fanden Umzüge und Versammlungen vor dem Schloß statt. Die Bewegung macht sich auch unter den Eisenbahnarbeitern bemerkbar.

Leipzig, 21. Jan. Die Bewaffnung der Arbeiterschaft ist in Vorbereitung. — Die Arbeiter des städt. Gas- und Elektrizitätswerks traten in den Ausstand; die elektrische Beleuchtung fällt aus. Die Bäcker wollen heute streiken, außerdem soll der Ausstand der Eisenbahner in Aussicht stehen.

Beuthen, 21. Jan. Die Zahl der Streikenden beträgt 20 000.

Die Verantwortlichkeit des Kaisers.

Genf, 21. Jan. Die französische Regierung hat der Friedenskonferenz eine juristische Denkschrift überreicht über die strafrechtliche Verantwortlichkeit Kaiser Wilhelms II. Diese Denkschrift ist von dem Dekan der juristischen Fakultät in Paris, Professor Larnaude, und dem Professor des Völkerrechts, La Pradelle, verfaßt. Sie behauptet, die rechtliche Stellung des deutschen Kaisers werde dadurch bezeichnet, daß er seine ganze Macht als König von Preußen allein von Gott habe, und sich allein auf das Schwert stütze. Vom Standpunkt des heutigen Völkerrechts sei demnach seine persönliche Verantwortlichkeit nicht zu bestreiten. Es komme hinzu, daß die Gründung des Reiches und seine Verbindung mit Preußen in keiner Weise die besondere militärische Stellung des Königs von Preußen berührte, und daß er als Kriegsherr voll verantwortlich sei. Die deutsche Reichsverfassung habe an die Verwaltung der Armee nicht gerührt. Der Kaiser besitze das absolute Vorrecht, persönlich die Armee zu befehlen und Krieg zu führen. Er stütze sich dabei auf ein eigenes Militärkabinett. Das Gutachten beruft sich für die Frage der Trennung zwischen militärischer und politischer Verantwortung auf Laband. Insbesondere wird der Kaiser verantwortlich gemacht für die Verletzung der Neutralität Belgiens, die von ihm allein abgehangen habe. Wie die Pariser Zeitungen versichern, werden die übrigen Großmächte sich der Schlußfolgerung des französischen Gutachtens anschließen, wonach ein Auslieferungsantrag gegen den Kaiser an die holländische Regierung zu richten wäre.

Schleifung der Pariser Innenfestung.

Paris, 21. Jan. Die seit Jahren zwischen der Stadt Paris und der Militärverwaltung schwebende Frage der teilweisen Entfestigung ist durch Clemenceau dahin entschieden worden, daß die inneren Befestigungswerke demnächst geschleift werden.

Der deutsch-polnische Krieg.

Bromberg, 21. Jan. Angriffe polnischer Banden am 20. Januar abends gegen Hopfengarten (Posen) hatten anfangs Erfolg. Ein Panzerzug vertrieb nachts die Polen aus Hopfengarten, erbeutete 3 Maschinengewehre und machte 9 Gefangene.

Verlegung des Hauptquartiers.

Berlin, 21. Jan. Wie der „Berl. Lokalanzeiger" erfährt, wird das Große Hauptquartier anfangs Februar von Kassel nach Kolberg verlegt werden.

Niederlage der Bolschewisten.

Helsingfors, 21. Jan. Die esthnischen Truppen, vereint mit dem finnischen Freiwilligen-Bataillon haben Narva erobert und dabei große Kriegsbeute an Artillerie, Troß, Panzerzügen, Stäben und zahlreichen Gefangenen gemacht. Trotzki, der persönlich zum Widerstand aufhetzte, ist geflohen. Die esthnische Offensive gegen Walk hat begonnen. (Deutsche Truppen scheinen nicht beteiligt gewesen zu sein.)

Forderungen der italienischen Sozialisten.

Bern, 21. Jan. Ministerpräsident Orlando empfing eine Vertretung der sozialistischen Partei, die folgende 5 Forderungen vortrug: 1) Amnestie, 2) Abrüstung, 3) Nichteinmischung der Verbündeten in die inneren Angelegenheiten Deutschlands und Rußlands, 4) Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheit, 5) schleunige Wiedereröffnung der Kammer. Orlando machte in Bezug auf die Amnestie eine Zusage und erklärte, Italien rüste schneller ab als die Verbündeten. Die Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten würde nur noch auf Grund der militärischen Notwendigkeit aufrecht erhalten. An eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands und Rußlands dächten weder Italien noch die Verbündeten. Die Kammer hoffe er in der ersten Hälfte des Februar einberufen zu können.

Arbeitsplan für die Nationalversammlung.

Berlin, 22. Jan. Die Nationalversammlung wird zunächst eine prov. Regierung zu wählen haben und sodann den Verfassungsentwurf in Angriff nehmen, den man bis Ende Februar zu erledigen hofft. Die Arbeit wird in der Hauptsache den Kommissionen zugewiesen. Der zweite Abschnitt der Tagung wird von den Beratungen über die Friedensverhandlungen, die kaum vor Juni zu erwarten sein dürften, ausgefüllt sein. Die Steuerentwürfe werden als dringliche Notgesetze zu behandeln sein. Die preußische Landesversammlung soll erst nach Abschluß des ersten Tagungsabschnitts der Nationalversammlung einberufen werden.

In Weimar wird das Hoftheater für die Sitzungen der Nationalversammlung eingerichtet, auch im Schloß werden zur Aufnahme der Regierungsmitglieder Vorbereitungen getroffen. Die Einrichtungen für den Telegraphen- und Fernsprechverkehr werden erweitert und neue Schnellzugsverbindungen mit Berlin geschaffen. Die Stadt Weimar hat eine Stelle für Wohnungsnachweis eingerichtet, daneben soll in den nahegelegenen Städten Jena, Apolda und Erfurt den Abgeordneten Wohnungsgelegenheit gegeben werden, zu welchem Zweck ständige Züge von diesen Orten nach Weimar und zurück eingelegt werden.

Der erste Reichstag.

Berlin, 22. Jan. Der „Vorwärts" schreibt, der erste Reichstag wird noch in diesem Jahre gewählt werden. (Die Nationalversammlung ist bekanntlich nur eine vorläufige Vertretung des Volks zum Zweck der Festsetzung der neuen Verfassung. Eigentliche gesetzgebende Gewalt hat daher die Nationalversammlung nicht und die Steuergesetze werden als sogenannte Notgesetze von der Regierung eingebracht, weil der Geldbedarf des Reichs ihre Vertagung bis zur Wahl des eigentlichen Reichstags, dem allein gesetzgebende Gewalt zusteht, nicht verträgt. D. Schr.)

Die Wahl der preuß. Landesversammlung.

Berlin, 22. Jan. Der „Berl. Lokalanz." schreibt, es sei ganz unverständlich, warum man die Wahlen zur preuß. Landesversammlung plötzlich auf den 26. Januar festgesetzt habe, 8 Tage nach den Nationalwahlen, da die preuß. Landesversammlung doch erst nach der ersten Tagung der Nationalversammlung einberufen werde.

Der bayerische Landtag.

München, 22. Jan. (Amtlich.) Die Einberufung des bayerischen Landtags ist für Mitte Februar in Aussicht genommen, da die Wahlen in der Pfalz erst am 2. Februar stattfinden können.

Die Stellung der Offiziere.

München, 22. Jan. Der Minister für militärische Angelegenheiten sagte in einer sozialdemokratischen Versammlung, die neuen Verhältnisse haben den sog. Soldatenräten das Recht gebracht, über die Einstellung der Offiziere zu bestimmen. Unter diesen Umständen werde aber niemand sich dem Offizierberuf widmen wollen, da seine Stellung in der Luft schwebe. Der Kampf gegen die Offiziere nehme Formen an, die das Ansehen der Demokratie nicht fördern.

Bayern und die Pfalz.

München, 21. Jan. Korr. Hoffmann meldet halbamtlich: In einer Berliner Mitteilung über den Verfassungsentwurf für das Deutsche Reich wird ausgeführt, daß gelegentlich der Einteilung Deutschlands in verschiedene Republiken die Pfalz von dem Gebiet

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

des bayerischen Staats abgetrennt werden solle. Ein solcher Plan würde nur beweisen, daß man in Verkennung der Rechte der einzelnen deutschen Freistaaten und ihrer Bevölkerung Vorschläge erörtert, deren Ausführung als ausgeschlossen gelten muß. Ueber eine Loslösung bayerischer Gebietsteile von Bayern hat niemand anderes zu entscheiden, als das bayerische Volk selbst, das mit aller Deutlichkeit jede Einmischung in seine Verhältnisse grundsätzlich ablehnt. Bayern und die Pfalz sind seit mehr als 100 Jahren vereint. Sie sind wirtschaftlich und politisch aufeinander angewiesen. Hier wie dort besteht nicht die geringste Neigung zu einer Trennung.

Die Spartakisten.

Berlin, 21. Jan. Wie eine Nachrichtenstelle mitteilt, ist Radek in Berlin seit zwei Tagen wieder aufgetaucht und hat bereits versucht, die Verbindung mit den gegenwärtig sehr versprengten Führern der Spartakusbewegung wieder aufzunehmen.

Gegen den früheren Führer der Volksmarinedivision Dorenbach ist ein Haftbefehl erlassen worden. Gegen Dorenbach, der sich gegenwärtig in Johannestal aufhalten soll, ist ein riesiges Anklagematerial zusammengebracht worden. Wie jetzt feststeht, ist es Dorenbach allein gewesen, der im Auftrag von Liebknecht und Rosa Luxemburg die Vorgänge vom 23. und 24. Dezember inszeniert hatte, um den Sturz der Regierung herbeizuführen. Man hat eine umfangreiche Korrespondenz zwischen Dorenbach und den beiden verstorbenen Spartakusführern aufgefunden. Vorsichtigerweise verkehrten Liebknecht und Rosa Luxemburg nur schriftlich mit Dorenbach, wobei sie sich eines Schlüssels in ihren Briefen bedienten. Der Matrosenaufstand im Dezember v. Js. ist von Dorenbach mit Hilfe eines gefälschten Dokumentes künstlich inszeniert worden. Dorenbach hat Unterschriften glatt gefälscht, um die Matrosen gegen Wels aufzureizen. Als ihm der Boden unter den Füßen zu heiß wurde, hat er auch aus der Divisionskasse Geldbeträge herausgenommen.

Der Ausstand.

Berlin, 22. Jan. Die Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke Berlin sind gestern in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie lehnten die Vermittlung des Einigungsamts des Gewerbegerichts ab. Die geforderte Lohnerhöhung beträgt über 60 Prozent.

Infolge des Ausstands mußten ein Teil der Gasthäuser und Vergnügungslokale geschlossen werden. Die öffentliche Sicherheit war im höchsten Maße gefährdet. Durch die Einstellung des Straßenbahnverkehrs konnten Tausende von Menschen ihre oft fern gelegenen Wohnungen nur mühsam erreichen. Selbst die Feuerwehren waren ohne Licht. Der Telephon- und Telegraphenverkehr war vielfach unterbrochen.

In der „Vossischen Zeitung" heißt es: Unter Führung und durch Verhetzung von Leuten ohne jedes Verantwortlichkeitsgefühl stellten die Arbeiter der Elektrizitätswerke für das gesamte städtische Leben unentbehrliche Betriebe still. Die Art, wie jetzt wieder Arbeitergruppen unter Beiseiteschiebung der früher angebotenen Gewerkschaftsorganisation Lohnverdoppelungen und -Verdreifachungen auf Kosten besonders der Handarbeiter und geistig arbeitenden Mittelschichten zu erzwingen wissen, kann nur als wirtschaftliche Gewaltherrschaft bezeichnet werden.

Im „Berliner Lokalanzeiger" liest man: Berlin hieß die Stadt der Arbeit und war stolz auf diesen Namen. Was ist seit dem 9. November aus dieser Stadt geworden? Der volkswirtschaftliche Irrsinn, der in den jetzigen Forderungen der Arbeiter liegt, braucht nicht mehr erwiesen zu werden.

Braunschweig, 22. Jan. Am Montag nachmittag um 2 Uhr ist der Generalstreik in Braunschweig ausgebrochen. Der Straßenbahnverkehr ist eingestellt. Die Telephon- und Postverbindungen sind teilweise gestört gewesen. Briefe wurden nur einmal bestellt. Am Montag abend war auch das Theater geschlossen. Auf dem Theater und auf dem Schloß wurde die rote Fahne halbmast gehißt zum Zeichen der Trauer um Dr. Liebknecht und Rosa Luxemburg. Die Wirtschaften, sowie alle Läden wurden geschlossen. Dasselbe Bild zeigte sich am Dienstag. Die Bürger mußten um 7 Uhr von der Straße verschwunden sein. Das Licht blieb Dienstag abend aus. Die Zeitungen sind nicht erschienen. Am Dienstag fanden verschiedene Umzüge statt. Der Bahnverkehr ist spärlich.

Essen, 21. Jan. Die Zahl der streikenden Bergleute des rheinisch-westfälischen Kohlenbezirks beträgt 20 000.

Heidelberg, 22. Jan. In den hiesigen Zeitungsbetrieben und Druckereien ist das gesamte Druckereipersonal mit Einschluß der Hilfsarbeiter heute vormittag wegen neuen Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Die letzten Lohnerhöhungen waren erst am 1. Dezember 1918 erfolgt unter gegenseitiger Anerkennung eines Beschlusses, daß im Lohntarif bis zum Frühjahr keine weiteren Aenderungen eintreten sollten. Die 4 hiesigen Zeitungen sind heute nicht erschienen.

Der Krieg im Osten.

Berlin, 22. Jan. Laut „Berl. Lokalanzeiger" wird das Große Hauptquartier bereits am 24. Januar nach Kolberg (Pommern) verlegt. Zwei Armeeoberkommandos werden den Schutz der Ostmark übernehmen, das Armeeoberkommando-Nord in Königsberg, das demnächst in eine kleinere Nachbarstadt verlegt werden dürfte, und das Armeeoberkommando-Süd in Breslau, das nach Sagan verlegt werden wird. Oberbefehlshaber im Norden ist General der Infanterie Otto von Below, sein Generalstabschef General der Infanterie von Sekt, im Süden Generalfeldmarschall von Woyrsch, sein Generalstabschef General der Infanterie von Losberg. Dem nördlichen Armeeoberkommando ist das 10. Armeeoberkommando von Falkenhayn unterstellt, das bisher in Wilna war und jetzt in Grodno ist.

Auf die Bitte des Danziger Magistrats an Hindenburg, Danzig und die Provinz Westpreußen dem Vaterland zu erhalten, ist folgende Antwort eingegangen: Ich bestätige Ihnen gern, daß von mir aus alles geschieht, um zu verhindern, daß die Stadt vom Deutschen Reiche [illegible] wird. [illegible] sich etwa unsere Feinde schon über das Schicksal Danzigs zu Ungunsten unseres Vaterlandes festgelegt hätten. Möge die deutsche Bürgerschaft Danzigs versichert sein, daß von Seiten der O.H.L. schon seit langem die Maßnahmen vorbereitet werden, die für den Schutz der bedrohten Provinzen erforderlich sind. Voraussetzung für den Erfolg ist der feste Willen aller Deutschen, alles einzusetzen und zu jedem Opfer bereit zu sein, um das Land zu schützen.

Berlin, 22. Jan. Die preußische Regierung hat auf ein an das Generalkommando Frankfurt-Oder gerichtetes Telegramm des obersten polnischen Volksrats in Posen u. a. geantwortet, die Regierung weise den Vorwurf unmenschlicher Behandlung seitens ihrer Organe als unbewiesen zurück, sie erhebe dagegen aufgrund zuverlässigen Tatsachenmaterials gegen die polnischen Organe die schwere Anklage nicht nur unmenschlicher Behandlung zahlreicher widerrechtlich Verschleppter, sondern sogar mehrfach grausamster Schandtaten.

Berlin, 21. Jan. Ein Angriff russischer Bolschewisten bei Koschadeny wurde von litauischen Truppen zurückgeschlagen, wobei die Bolschewisten erhebliche Verluste erlitten.

Bromberg, 22. Jan. (Amtlich.) Südlich Nakel wurden Steinburg-Brückenkopf und Potulitz von uns besetzt. Erkundungsabteilungen fanden Ablig-Brühlsdorf und Eichdorf von den Polen frei.

Breslau, 22. Jan. Eine Abordnung von Polen aus Beuthen und Umgebung ist nach Paris gereist, um für die Einverleibung Oberschlesiens in Polen zu wirken.

Berlin, 21. Jan. Ein zweiter Transport von Mitgliedern der deutschen Kolonie in Konstantinopel, bestehend aus 340 Zivilpersonen ist heute nacht in München eingetroffen.

Ausweisung.

Karlsruhe, 22. Jan. Die Mitteilung, daß alle demobilisierten Militärpersonen, die nicht vor dem 1. August 1914 in der jetzigen neutralen Zone ansässig waren, aus dieser jetzt ausgewiesen werden sollen, bestätigt sich und erregt in ganz Baden, das aufs schwerste betroffen wird, ungeheures Aufsehen. Die Frist — 26. Januar — ist so kurz gestellt, daß die bedauernswerten Betroffenen vielfach Hausstand, Geschäft usw. werden im Stich lassen müssen. Die Lage wird dadurch verschärft, daß die Demobilisierten von der harten Maßregel erst ganz spät in Kenntnis gesetzt wurden. Die Stadtgemeinde Mannheim hat allerdings unter scharfem Protest gegen die französische Anordnung ein Gesuch um Aufhebung oder Milderung durch die bad. Volksregierung an die Waffenstillstandskommission in Spaa abgehen lassen. Dem Bürgermeisteramt selbst war die Verfügung erst am 17. Januar abends zur Kenntnis gelangt. Wie verlautet, soll französischerseits eine Prüfung der vorgebrachten Wünsche zugesagt worden sein. Es ist zu hoffen, daß die Bemühungen Erfolg haben, es würden sonst aufs neue viele Badener heimatlos werden.

Aus dem besetzten Gebiet.

Bern, 21. Jan. Der „Temps" meldet, daß ein Bataillon Obenheim am Rhein (Unterelsaß) besetzt hat. — Eine Anzahl starker deutscher Lokomotiven ist für den Schnellzugsdienst Paris—Marseille eingestellt worden. — Der König von Belgien besichtigte die belgischen Besatzungstruppen im besetzten Gebiet und unternahm im Flugzeug einen großen Flug über die Rheinlinie.

•

Finanzielle Auseinandersetzung in Oesterreich.

Wien, 22. Jan. Der Finanzausschuß zur Scheidung der Finanzen Oesterreichs und Ungarns hat seine Arbeiten beendet. Nach dem Bericht entfallen am 31. Oktober, dem Tag der amtlichen Trennung der beiden Reichshälften, von den Staatsschulden 84 097 Millionen Kronen auf Oesterreich und 42 891 Millionen Kr. auf Ungarn, worin die Kriegsschuld von 67 935 Mill. für Oesterreich und von 33 098 Millionen für Ungarn enthalten ist.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 22. Jan. (Havas.) Präsident Wilson, die Ministerpräsidenten und die Außenminister der verbündeten und angeschlossenen Mächte berieten gestern vier Stunden. Der dänische Gesandte Scavenius machte Mitteilung über die Lage in verschiedenen Gegenden Rußlands.

Die englische Friedensabordnung.

Bern, 21. Jan. Wie „Progres de Lyon" aus Paris meldet, ist die englische Abordnung zur Friedenskonferenz wie folgt zusammengesetzt: Lloyd George, Balfour, Bonar Law, Barnes, als technischer Berater der Ministerpräsident von Neufundland Harding, für Kanada die Minister Forster und Sifton, für Australien Ministerpräsident Hughes und Marineminister Cooc, für Südafrika General Botha, Kriegsminister Smuts, für Indien der Maharadscha von Badahur und der Staatssekretär für Indien Lord Sinha.

Bern, 22. Jan. Die Pariser „Information" glaubt annehmen zu dürfen, daß die allgemeine Friedenskonferenz im April einberufen werden könne, weil die Verweisung einzelner Hauptfragen an die Ausschüsse einen großen Zeitgewinn bedeute. Die Friedenskonferenz werde zweifellos nicht lange dauern, weil die feindlichen Mächte einem fertigen Vertrag gegenüber stehen würden, dessen Verwerfung sie kaum wünschen werden; sie werden sich auf eine Annahme der Beschlüsse der Entente beschränken müssen. Daher könne der Friedensvertrag schon im Mai unterzeichnet werden.

Der Völkerbund.

Paris, 22. Jan. Wilson hatte am Sonntag eine lange Besprechung mit Leon Bourgeois, Lord Cecil und General Smuts über den Völkerbund. Wie verlautet, einigte man sich darüber, daß der Bund unter der „Führung" der Vereinigten Staaten, Englands und Frankreichs stehen solle. — Der Präsident der schweizerischen Republik, Ador, ist hier eingetroffen und [illegible] begrüßt worden.

In einer Unterredung mit dem Berichterstatter der neuyorker „Associated Preß" erklärte Lord Robert Cecil, Deutschland, Oesterreich, Bulgarien und die Türkei können dem Völkerbund beitreten, sobald der Bund überzeugt sei, daß sie bereit seien, ihren Platz unter den zuverlässigen Nationen der Welt einzunehmen. Als Cecil gebeten wurde, das Wort „zuverlässig" näher zu bestimmen, sagte er, bezüglich Deutschlands sei Grundstein die Unabhängigkeit der Regierung von militärischer Oberaufsicht. Deutschland könne nicht zugelassen werden, bevor es Ordnung in dem jetzigen Chaos geschaffen hätte und bevor man wisse, wie seine neue Regierung aussehe. Bei Oesterreich liege der Fall ganz anders. Es bestehen große Schwierigkeiten, seitdem Oesterreich durch die Revolution auseinandergerissen worden sei. Wahrscheinlich werden sich aus der österreichischen Monarchie getrennte Einzelstaaten entwickeln. Auch hier müßten zuverlässige Regierungen gebildet werden. Die verschiedenen Staaten können dem Bund beitreten, wenn jeder für sich dazu geeignet sei, ebenso wie Böhmen weise mehr Zeichen bestehender Ordnung auf als andere Teile. Bezüglich der Türkei könne man nichts vorher sagen. Wir wissen nicht, wie die Türkei aussehen wird. Wir müssen die Gebietsregelung auf der Friedenskonferenz abwarten. Aehnlich verhält es sich mit Bulgarien. Wir werden wissen müssen, ob Bulgarien den Gedanken aufgegeben hat, das Preußen des Balkans zu sein, bevor wir es aufnehmen.

Stockholm, 22. Jan. Die schwedische Presse aller Richtungen fordert entschieden eine Beteiligung der Neutralen an der Pariser Konferenz. So schreibt „Sozialdemokraten", es sehe leider aus, als solle der Pariser Kongreß eine Versammlung werden, auf der die Großmächte der Welt ihren Willen diktieren wollten, auch in der für die ganze Menschheit vitalen Frage eines Völkerbunds. Das Blatt fragt, warum keine Antwort auf den Antrag der nordischen Staaten auf Teilnahme an der Konferenz gegeben worden sei. Der skandinavische Ausschuß zur Erörterung der Völkerbundsfrage habe seine Arbeit beendet. Man müsse verlangen, daß dies in Paris beachtet werde. Aehnlich äußert sich „Dagens Nyheter".

Monarchistischer Putsch in Portugal.

Madrid, 22. Jan. (Havas.) An der Grenze aus Porto eingetroffenen Telegrammen zufolge wurde Montag abend vor dem Stadthause in Gegenwart der versammelten Truppen die Monarchie mit König Manuel ausgerufen. Der Kriegsminister schloß sich der Bewegung an. Nur in Valanca do Minho ereignete sich ein Zwischenfall, als der Kommandant sich weigerte, die Fahne der Republik einzuziehen. Die Bewegung ist wahrscheinlich auch in Lissabon erfolgreich. Zahlreiche Republikaner flohen nach Spanien.

Vigo, 21. Jan. Wie aus Porto gemeldet wird, traf dort der Kriegsminister aus Lissabon ein in der Absicht, die Ausrufung der Monarchie zu verhindern. Angesichts der Haltung der Garnison mußte er auf sein Vorhaben verzichten. Als er in der Kaserne der republikanischen Garde erschien, wurde er gefangen genommen, dann jedoch wieder freigelassen, nachdem er schriftlich seinen Anschluß an die monarchistische Bewegung erklärt hatte. Nach der Verkündung der Monarchie machten die Truppen unter dem Jubel der Menge einen Parademarsch. Der König und die neuen Minister haben die Regierungspaläste bezogen. Die Grenzen werden überwacht, um die Abreise von Republikanern zu verhindern.

Lissabon, 22. Jan. (Havas.) Die Blätter bringen die amtliche Mitteilung, daß die republikanische Regierung Herr der Lage sei. Die monarchistische Bewegung beschränke sich auf Porto und Braga.

•

Madrid, 22. Jan. (Reuter.) Der größte Teil der Straßenbahnangestellten in Madrid streikt. Sie verlangen Lohnerhöhung, den achtstündigen Arbeitstag, einen Ruhetag in der Woche, drei Tage Urlaub im Monat und eine Altersrente.

•

Endresultat der Reichswahlen.

Berlin, 22. Jan. (Telgr.) Deutschnationale Volksp. 34 Abg., Christl. Volksp. (Zentr.) 88, Deutsche Volksp. (Nationalliberale) 23, Deutsche demokr. P. 77, Sozialdemokr. Partei 164, Unabh. soz. Partei 24, Fraktionslose 11, zus. 421 Abg.

Duisburg, 22. Jan. Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung sind in der Stadt Homborn in 34 von 39 Bezirken, im Landkreise und in der Stadt Dinslaken in sämtlichen 4 Bezirken, in der Bürgermeisterei Walsum in sämtlichen vier Bezirken und in den Bezirken Brückhausen und Hänxe, d. h. in insgesamt 48 Wahlbezirken gewaltsam gestört worden, so daß die Wahlhandlung nicht stattfinden konnte. Im Ganzen kommen 58 000 Wahlberechtigte in Frage.

Berlin, 22. Jan. Die „B. Z." meldet: Die Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke verlangen für Heizer und Maschinisten pro Stunde 2.60 Mk., nach einem Jahr 2.75 Mk., für Fachhandwerker und Revisoren 2.85 (3.00), für Schmierer und Hilfsarbeiter 2.50 (2.65), jugendliche Arbeiter und Frauen 1.85 (2.00) Mark. Außerdem sollen die Zuschläge für Nachtarbeit und Sonntagsarbeit von 25 und 50 Prozent bestehen bleiben. Die Arbeiter wollen nach einem Jahre einen 7-werktägigen, nach 2 Jahren einen 14tägigen Urlaub erhalten.

Eigenartige Klage über Ungesetzmäßigkeit.

DPC. Die „Freiheit", das Berliner Organ der Unabhängigen, wirft der Presse vor, daß sie die Nachricht von der Verhaftung der Familie Liebknecht bringe, ohne dabei im mindesten die Rechtmäßigkeit der Verhaftung einer politisch unbeteiligten Frau und eines minderjährigen Sohnes anzuzweifeln. Der Beweis, daß Frau Liebknecht politisch unbeteiligt ist, dürfte der „Freiheit" schwer fallen. Ebenso behauptet das Blatt, daß Ledebour ungesetzlich verhaftet worden ist. Wenn das Strafgesetzbuch überhaupt noch Gültigkeit hat, und es hat Gültigkeit, so muß man sich wundern, daß Ledebour erst jetzt verhaftet worden ist.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Württemberg.

(-) **Stuttgart,** 21. Jan. (Die Antwort der Waffenstillstandskommission.) Auf die am letzten Freitag in der Payer-Versammlung im Gustav-Siegle-Haus gefaßte Entschließung an die Waffenstillstandskommission ist der Geschäftsstelle Stuttgart folgende telegraphische Antwort eingegangen: „K. Haußmann, Deutsche demokratische Partei, Stuttgart. Bestätige gestriges Telegramm. Unter gegebenen Verhältnissen mußten leider vereinbarte Bedingungen eingegangen werden. Betreffend Aufhebung der Blockade und Ermöglichung der Einfuhr schweben Verhandlungen, und ist Entgegenkommen durch Entente zugesagt. Waffenstillstandskommission."

(-) **Stuttgart,** 21. Jan. (Die Landessynode.) Die achte Evangelische Landessynode trat gestern nachmittag im Bürgermuseum in Stuttgart wieder zusammen, nachdem sie seit 1912/13 in ihrer Tagung durch die Kriegsverhältnisse gestört, ausgesetzt hatte. Präsident Dr. v. Hafner gedachte in seiner Eingangsansprache der Schwere der Zeit und unseres armen Vaterlands. Doch wir wollen nicht verzagen. Gott sitzt im Regimente. Das gilt auch vom Sturm der Revolution, der so vieles niedergerissen hat, an dem unser Herz hing. Mit Worten treuen Gedenkens wurde sodann des früheren Oberhaupts der evangelischen Landeskirche, König Wilhelms, gedacht und dem jetzigen Herzog Wilhelm der ehrerbietige Gruß und herzliche Dank in einer Kundgebung der Synode übermittelt. Sodann erfolgte die Einführung von sieben neuen Mitgliedern. Präsident D. von Zeller begrüßte namens der evangelischen Oberkirchenbehörde die Synode und warf einen Rückblick auf die Kriegszeit, indem er die Leistungen der Kirche und ihrer Diener beleuchtete. Von den 170 mit der Waffe ausgezogenen Geistlichen sind mehr als ein Drittel den Heldentod gestorben und von den kirchlichen Gemeinden mehr als eine halbe Million Mark für Kriegswohlfahrtszwecke aufgebracht worden. Prälat Stählecker erstattete den Rechenschaftsbericht.

(-) **Stuttgart,** 21. Jan. (Präsident der Landesversammlung. Die sozialdem. Fraktion der Landesversammlung hat für das Amt des Präsidenten den Abg. Keil vorgeschlagen. Der Fraktionsvorstand setzt sich wie folgt zusammen: Dr. Lindemann, erster Vorsitzender, Fr. Fischer, zweiter Vorsitzender, Schlegel, Ulrich und Frau Schradin Beisitzer.

(-) **Stuttgart,** 21. Jan. (Aus dem Gastwirtsgewerbe.) Die hiesigen Gastwirte haben sich, um den vom Felde heimgekehrten Kellnern Beschäftigung zu geben, geeinigt, anstelle der jüngeren Kellnerinnen männliche Bedienung einzustellen. Betriebe, die seither nur Kellnerinnen beschäftigten, werden zur Hälfte wenigstens Kellner aufnehmen.

(-) **Weißach** OA. Vaihingen, 21. Jan. (Amtsjubiläum.) Dieser Tage waren es 25 Jahre, daß Schultheiß Walter, der sich um die Gemeinde sehr verdient gemacht hat, das Amt des Ortsvorstehers angetreten hatte. Im Namen der weltlichen und kirchlichen Gemeinde wurde dem Jubilar ein Geschenk überreicht und ihm das Ehrenbürgerrecht verliehen.

(-) **Bitzfeld,** OA. Weinsberg, 21. Jan. (Schafdiebe.) Dem Schafhalter Bartenbach von Grantschen wurden nachts vom Pferch weg 6 Schafe im Wert von 1400 Mk. gestohlen.

(-) **Tübingen,** 21. Jan. (Mord.) In Derendingen ist am Wahltag nach Schluß der Abstimmung die junge Frau eines Friseurs in ihrem Hause getötet worden. Der Fall ist noch nicht aufgeklärt.

(-) **Linsenhofen,** OA. Nürtingen, 21. Jan. (Totgedrückt.) An dem hiesigen Bahnhof wurde die Frau des Kaufmanns Kaiser von Nürtingen vom Trittbrett eines Wagens erfaßt und zu Tode gedrückt.

(-) **Pfullingen,** 21. Jan. (Beschlagnahme.) Bei dem hiesigen Proviantamt hat die militärische Landespolizei eine unvermutete Durchsuchung abgehalten. Dabei wurden für ca. 100 000 Mk. Lebensmittel beschlagnahmt.

(-) **Ulm,** 21. Jan. (Diebstahl.) Aus dem südlichen Seitenschiff des Münsters wurde die Taufsteindecke gestohlen.

(-) **Biberach,** 21. Jan. (Protest.) Eine Zentrumsversammlung protestierte gegen die harten Bedingungen des Waffenstillstands, gegen die Einverleibung des linken Rheinufers durch Frankreich, gegen die Verlängerung der Blockade, die völkerrechtswidrige Zurückbehaltung der deutschen Gefangenen usw.

ep. **Stuttgart,** 221. Jan. (Ev. Landessynode. In ihrer 2. Sitzung am Dienstag, 21. ds. Mts., trat die Landessynode in die Beratung des Gesetzentwurfs für die Wahl einer verfassunggebenden Landeskirchenversammlung ein. Der Berichterstatter v. Schenkel betonte, daß die Gestaltung der neuen Kirchenverfassung selbst dieser neu zu wählenden Landeskirchenversammlung vorbehalten sei. Die Synode habe sich nur mit dem Wahlgesetz zu beschäftigen und zwar hauptsächlich mit den drei Fragen: Einzelwahl oder Verhältniswahl, Wahlfähigkeit und Wählbarkeit der Frau, Herstellung der Wählerlisten. Präsident D. von Zeller erläuterte den Standpunkt der Kirchenregierung, daß die Neugestaltung der Kirchenverfassung nicht Sache der unter ganz anderen Verhältnissen und nach einem nicht mehr zeitgemäßen System gewählten Synode, sondern einer auf breiterer Grundlage aufgebauten Körperschaft sein müsse. Fürst zu Hohenlohe-Langenburg begrüßte die Einberufung einer Landeskirchenversammlung, da sie dem religiösen und kirchlichen Interesse weitester Volkskreise entgegenkomme. In der Einzelberatung wurde Artikel 1 des Gesetzentwurfs angenommen, wonach die verfassunggebende Landeskirchenversammlung binnen 4 Monaten zusammentreten soll, und zwar auf Grund einer allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahl. In der lebhaften Erörterung über das Wahlverfahren wurde zu Gunsten der Einzelwahl von dem stellv. Vorsitzenden der Kirchenregierung, von Mosthaf, und anderen Rednern angeführt, daß die Gefahr der Bildung kirchlicher Parteien hiebei am ehesten vermieden und eine persönliche Verbindung zwischen Wählern und Kandidaten gefördert werde, was vor allem für ländliche Verhältnisse wünschenswert sei. Die Befürworter der Verhältniswahl, vor allem die Abgeordneten Mayer II und D. Traub wiesen demgegenüber darauf hin, daß die Zuführung von Vertretern des Arbeiter- und Handwerkerstands in die Landeskirchenversammlung dadurch erleichtert und der Zufall am sichersten ausgeschieden werde.

(-) **Stuttgart,** 22. Jan. (Der stellv. Ministerpräsident.) Zum ständigen Stellvertreter des Vorsitzenden der Prov. Regierung ist der Minister des Innern Dr. Lindemann bestellt worden.

(-) **Ludwigsburg,** 22. Jan. (Unfall.) Der 48jährige verheiratete Kaufmann Eduard Renk von hier wurde auf dem Bahnhof von einem einfahrenden Zug erfaßt und mit solcher Wucht auf den Bahnsteig geschleudert, daß er kurz darauf verschied.

(-) **Vom Bodensee,** 22. Jan. (Geldschmuggel.) Vorgestern abend wurde eine in Kreuzlingen wohnende Dame am Kreuzlinger Zoll dabei ertappt, als sie 75 000 Mk. in Papiergeld über die Grenze nehmen wollte. Durch die Erhebungen wurde festgestellt, daß die Dame im Auftrag zweier auswärtiger Herren handelte. Bei der Haussuchung, die in dem Hotel der beiden Herren vorgenommen wurde, wurden jedem dieser Herren weitere 200 000 Franken abgenommen.

Mutmaßliches Wetter.

Der von Norden nach Süddeutschland sich erstreckende Hochdruck behauptet sich zwar, doch ist am Freitag und Samstag immer noch mit trübem und mäßig kaltem Wetter zu rechnen.

Baden.

(-) **Karlsruhe,** 21. Jan. Generalleutnant v. Mogen, Führer des 14. Reservekorps, im Frieden Kommandeur der 81. Inf.-Brigade, wurde in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt.

(-) **Karlsruhe,** 21. Jan. Der Stadtrat hat die Einführung der Lustbarkeitssteuer beschlossen.

(-) **Karlsruhe,** 21. Jan. Am Samstag zwischen 4—5 Uhr drang ein Kaufmann aus Offenburg in das im Gebäude der Generaldirektion gelegene Dienstzimmer des Oberrevisor Meixner ein und versetzte ihm mit einem zu diesem Zwecke mitgeführten Hammer einen Schlag auf den Kopf, um die im Zimmer befindliche Kasse zu berauben. Der ahnungslos an seinem Tisch arbeitende Beamte konnte noch um Hilfe rufen, worauf der Täter die Flucht ergriff. Er wurde von Passanten und zwei Volkswehrmännern verfolgt. Trotzdem der Räuber seine Verfolger mit einer scharf geladenen Pistole bedrohte, konnte er am Ludwigsplatz festgenommen werden. Der verletzte Beamte wurde nach dem städt. Krankenhaus verbracht.

(-) **Mannheim,** 21. Jan. Nach der Verordnung für Erwerbslosenfürsorge kann der Bezug von Erwerbslosenunterstützung namentlich für Jugendliche abhängig gemacht werden von der Teilnahme an den der Allgemeinheit dienenden Veranstaltungen, von fachlicher Ausbildung, Besuch von Werkstätten, Lehrkursen usw. Hiervon soll nun unter Mitwirkung der Schulen, der Kunsthalle, des Nationaltheaters, der Handelshochschule Gebrauch gemacht werden. Männlichen und weiblichen Erwerbslosen, die Unterstützung beziehen, im Alter bis zu 19 Jahren, wird 2 Stunden täglich vormittags Unterricht erteilt, während nachmittags für sie allgemeinbildende Veranstaltungen wie Vorträge, Filmvorführungen, musikalische Darbietungen usw. stattfinden sollen. Die Jugendlichen sind zum Besuch dieser Veranstaltungen verpflichtet, im Weigerungsfalle wird ihnen die Unterstützung entzogen.

(-) **Bühl,** 21. Jan. Im Bühlertal wurden zwei Burschen von 18 und 17 Jahren, Emil Schmidt und Josef Graf, festgenommen. Sie hatten am Weihnachtsabend eine Villa erbrochen und beraubt. Eine zweite Villa wurde ebenfalls geplündert, mehrere Hasenställe bestohlen und fünf Pferde und eine Kuh entwendet.

Evang. Jünglingsverein. Donnerstag 23. Jan abends 8 ½ Uhr Spiel und Bibelstunde.
Sonntag, 26. Jan. nachm. 6 Uhr Vereinsstunde.

Druck und Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst

Bekanntmachung.

Die vom Bezirkskommando eingelaufenen Militärpapiere (Militärpässe, Landsturmscheine) können im Laufe der Woche je mittags von 11 bis 12 und nachmittags von 5 bis 7 Uhr auf der Polizeiwache abgeholt werden.

Wildbad, den 22. Januar 1919.

Stadtschultheißenamt: Bäzner.

Bekanntmachung.

betreffend die Berechtigung zum einjährigfreiwilligen Dienste.

Diejenigen jungen Leute, welche das 17. Lebensjahr zurückgelegt haben und um die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst nachsuchen wollen, haben sich spätestens bis zum 1. Februar des ersten Militärpflichtjahres, d. h. des Jahres, in dem der Wehrpflichtige das 20. Lebensjahr vollendet, bei der **Prüfungskommission für Einjährig-Freiwillige in Ludwigsburg** schriftlich zu melden, und die für die Erteilung des Berechtigungsscheines erforderlichen Unterlagen bei Verlust des Anrechts **spätestens bis zum 1. April** des ersten Militärpflichtjahrs bei der Prüfungskommission beizubringen.

Näheres über die erforderlichen Unterlagen usw. ist im Staatsanzeiger vom 11. Januar 1919 Nr. 8 enthalten, welcher auf den Rathäusern eingesehen werden kann.

Den 14. Januar 1919. O.R. Gaiser.

Bekannt gemacht.

Wildbad, den 22. Januar 1919.

Stadtschultheißenamt Bäzner.

Stellen suchen

durch die Städt. Arbeitsvermittlung:

Männer			Frauen		
Kaufleute	Köche	Taglöhner Kriegsinval.	Dienstmädchen	Zigarenmacherinnen	Taglöhnerinnen
4	1	1	3	2	8

Wildbad.

Freiwillige Grundstückversteigerung.

Die von den Gastwirtseheleuten
Friedrich und Christiane Hempel von hier,
zurückgelassenen Grundstücke
Geb. B 60—80 qm Wohnhaus, das Gasthaus zum Ventilhorn mit Schweinestall und Hofraum in der König-Karlstraße samt Geb. B 60 a—25 qm Stallgebäude hinter dem Wohnhaus B 61 daselbst je mit gemeinschaftlichem Gang, und Parz. Nr. 1650/51—15 a 76 qm Acker und Scheuer im Meistern bei den drei Brunnentrögen, kommen am

Montag, den 3. Februar 1919,
vormittags 10 Uhr,

auf der Notariatskanzlei in Wildbad öffentlich zur Versteigerung.

Den 21. Januar 1919

Bezirksnotar **Prehm.**

Geschäftsempfehlung.

Der tit. Einwohnerschaft insbesonders meiner früheren Kundschaft zur gefl. Kenntnis daß ich mein

Malergeschäft

wieder eröffnet habe, und empfehle mich in allen in mein Fach einschlagenden Arbeiten.

Karl Patt Malergeschäft.

Schützen-Verein Wildbad.

Sonntag, den 26. Januar von 2 Uhr ab

Uebungsschiessen

Weitere Uebungsschießen finden statt

Sonntags:	Montags:
Februar 9. 23.	Februar 3. 17.
März 9. 23	März 3. 17. 31.
April 6.	April 14. 21.

Das Schützenmeisteramt.

Zu einem neuen

Tanzkurs

nimmt Anmeldungen entgegen

Hotel Palmengarten

Liederkranz Wildbad.

Morgen Freitag den 24. Hauptprobe bei Schöffler zur Eisenbahn für die Begrüßungsfeier, wozu die Sänger alle erwartet der Vorstand.

Stimmbegabte Sänger, welche dem Liederkranz beizutreten wünschen, werden freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Zirka

100 Ztr. Koks

sind noch zu haben

G. Faaß.

Evang. Kirchenchor.

Heute abend ½ 8 Uhr

Singstunde.

(Damen und Herren.)

Einen ordentlichen

Jungen

nimmt unter günstigen Bedingungen in die Lehre.

Karl Patt, Malergeschäft.

Ein guterhaltener

Kochofen

sucht zu kaufen.

Ferner habe ich einen guterhaltenen

Kohlen u. Koksofen

zu verkaufen.

Hammer Ofensetzer.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw